

Ein latenter Verdacht

Sechzig Jahre nach dem deutschen Überfall auf Polen werben Bundespräsident Rau, Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer um gute Nachbarschaft. Viele Menschen in beiden Ländern bleiben misstrauisch.

Fast wirkte es schon alltäglich. Zum zweiten Mal in einer Woche schüttelte der polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski demonstrativ herzlich die Hand eines Staatsgastes aus der Bundesrepublik und sprach ihn in einer Mischung aus Polnisch und Deutsch an: „Ich möchte Sie auch mit ‚Guten Tag‘ begrüßen“, sagte er, „und damit meine ich auch ‚Vielen Dank‘.“

Zwei Tage bevor der deutsche Regierungschef Gerhard Schröder am Freitag vergangener Woche in Warschau eintraf, hatte Kwaśniewski mit nahezu identischem Zeremoniell Bundespräsident Johannes Rau in Polen empfangen. Am 1. September, 60 Jahre nach dem deutschen Überfall auf Polen und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, kam der Pole dem deutschen Präsidenten mit ausgestreckter Hand auf der Friedensbrücke zwischen Frankfurt an der Oder und Slubice entgegen.

Das Händedrücker wollte kaum enden. Vierhändig – mit den Ehefrauen – an der Oder, zweihändig noch einmal in Danzig.

Die Gesten, so banal sie als Fernseh-routine wirken mochten, waren von zielgerichteter Symbolik. Als Kwaśniewski auf der Westerplatte die Rechte des Deutschen ergriff, mutete es wie eine Kopie der Versöhnung über den Gräbern von Verdun an, wo sich 1984 der französische Präsident François Mitterrand und Kanzler Helmut Kohl bei den Händen gefasst hatten.

Als erster deutscher Präsident war Rau zur nationalen Gedenkfeier der Polen auf die Westerplatte geladen, wo am 1. September 1939 die ersten deutschen Granaten, abgefeuert vom Kriegsschiff „Schleswig-Holstein“, einschlugen.

„Das war keine Floskel“, sagte der polnische Präsident später über die Begrüßungsworte, „darin sollte sich das Wesen unserer Beziehungen ausdrücken.“ Zum ersten Mal in der Geschichte stünden heute Polen und Deutsche als Verbündete „Schulter an Schulter“. Kwaśniewski: „Und ich bin stolz, Freunde sagen zu können.“

Die Parallele war gewollt. Wie die deutsch-französische Freundschaft gehöre auch die deutsch-polnische zu den Fundamenten jener Politik der guten Nachbarschaft, die auch von Berlin aus die Außenpolitik bestimmen werde, sagte Rau.



A. VOELKEL / MEDEPRESS

Präsidenten Rau, Kwaśniewski in Frankfurt (Oder)*: Stolz auf die Freundschaft

Warschau, seit März Mitglied in der Nato, will nun so bald wie möglich Mitglied in der EU sein. Sieben von zehn Aufnahmekriterien haben die Polen schon erfüllt, 2002 wollen sie „beitrittsfähig“ (Kwaśniewski) sein.

Die politische Dramaturgie der deutsch-polnischen Woche war in Berlin sorgsam entwickelt und mit den Polen einvernehmlich abgestimmt worden. Rau deckte mit seinem Besuch der Westerplatte den düsteren Part der Beziehung ab. Noch zehn Jahre zuvor waren viele der ersten Opfer des Nazi-Überfalles zu einer derart versöhnlichen Geste nicht in der Lage gewesen.

Damals hatte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau in Warschau gesagt: „Es gibt noch viel Hass, und es gibt noch viel Bitterkeit in den Herzen der Menschen.“ Damals musste er noch beteuern: „Wir stellen keine Gebietsansprüche, wir rühren nicht die Trommeln des Vorbehalts.“

Inzwischen haben Raus Vorgänger Richard von Weizsäcker und Roman Herzog

so viel Vertrauensarbeit geleistet, dass der neue Präsident sich „stärker auf die Zukunft konzentrieren“ kann.

Bundeskanzler Gerhard Schröder, der Berliner Außenpolitik im „aufgeklärten Eigeninteresse“ Deutschlands betreiben möchte, dämpfte vergangenen Freitag in einer Diskussion mit Studenten in der neuen Warschauer Universitätsbibliothek jedoch die Hoffnungen, dass der Nachbar bald in die EU aufgenommen werden kann: „Es wird wesentlich an den Polen selbst liegen, ob sie ihr Wunschziel schaffen.“ Eine Terminzusage gab Schröder nicht: „Alle Diskussionen um ein Zieltatum bringen zur Zeit überhaupt nichts.“

Polens Wirtschaftsminister Janusz Steinhoff sieht das ganz anders: „Wir erwarten den Beitritt für das Jahr 2003“, sagt er im SPIEGEL-Interview (siehe Seite 161).

Im Vergleich zu Schröder ist Außenminister Joschka Fischer den Beitrittswünschen um einiges gewogener. Beim Treffen mit seinem polnischen Kollegen Bronislaw Geremek und Frankreichs Hubert Védrine in Weimar vergangene Woche gab er die staatsmännische Formel aus: „Das Ver-

* Mit Ehefrauen Christina und Jolanta.

hältnis zu Polen kann nur noch im europäischen Kontext gedacht werden. „Dabei ist der Deutsche offenbar in Gedanken schon eine Etappe weiter: „Ich muss von meinen Beamten gelegentlich daran erinnert werden, dass Polen noch gar kein EU-Mitglied ist.“

So weit ist es noch lange nicht. Derzeit wächst in Polen die Skepsis gegenüber einem EU-Beitritt. Nur etwa die Hälfte der Bürger ist dafür – mit weiter fallender Tendenz, wie polnische Meinungsforscher glauben.

Die Beitrittskeptiker fürchten eine neue deutsche Gefahr: Die verlockende Mitgliedschaft in der EU sei womöglich nichts weiter als eine Falle der Deutschen.

Der polnische Intellektuelle Kazimierz Wóycicki sieht bei seinen Landsleuten „eine latente Verdachtsstruktur gegen Deutsche“ wirken. Winkten nicht am Straßenrand in Danzig auffällig viele betagte Deutsche ihrem Präsidenten zu? Viele von denen, argwöhnten die Polen, halten nach ihren ehemaligen Immobilien Ausschau. Die Angst geht um, dass deutsche Vertriebene mit dem polnischen EU-Beitritt einen Rechtsanspruch auf Rückga-

sagt Schröders außenpolitischer Berater Michael Steiner, „da nimmt die Zustimmung ab.“

In der deutschen Bevölkerung gab es andererseits schon immer Vorbehalte gegen den EU-Beitritt Polens. Für manche Deutsche hört die Zivilisation an der Oder-Neiße-Grenze auf. Der Untergang des Abendlandes scheint ihnen nahe, wenn sie sich vorstellen, künftig mit dem Land der Schwarzen Madonna und der Autodiebe Währung und Arbeitsplätze teilen zu müssen. Mit der Öffnung der Grenze fürchten sie den massenhaften Zustrom billiger Arbeitskräfte aus dem slawischen Kulturkreis.

Kanzler Schröder gilt in Polen als nüchterner Sachwalter deutscher Interessen, der keine Geschenke Richtung Osten verteilt. Viele empfanden es als Zurückweisung, dass Schröder als EU-Ratspräsident gebremst hatte: Vor der Ost-Erweiterung der Union müsse Europa erst einmal „seine Hausaufgaben machen“.

Der Besuch des Kanzlers sollte dem nächsten Nachbarn des neuen deutschen Regierungssitzes zeigen, dass Schröder durchaus ein Freund der Polen ist. Doch manchmal klappte es mit der freundschaftlichen Herzlichkeit noch nicht ganz. Nach der Diskussion mit den Studenten ergriff Regierungschef Jerzy Buzek die Gelegenheit zu einer Geste und erklärte dem Deutschen: „I am Jerzy.“ Der verdutzte Schröder begriff nicht auf Anhieb, streckte dem Polen dann jedoch umso heftiger seine Hand entgegen: „I am Gerd“, willigte er ein, „but we don't kiss.“

JÜRGEN HOGREFE,
JÜRGEN LEINEMANN



Deutscher Überfall auf Polen 1939: „Es gibt noch viel Hass“

be ihres ehemaligen Besitzes in Polen erlangen könnten.

Joschka Fischer nennt solche Absichten und Forderungen zwar „anachronistisch und absurd“, aber die „Aufrechnungsgelüste“ kennt er sehr wohl. 40 000 Formulare für „Eigentumsvorbehalte“ will allein der rechtsradikale Duisburger „Bund für Gesamtdeutschland“ in einer breit angelegten Kampagne an Vertriebene verteilt haben.

Reiche Deutsche, so gehen die Angstszenerien weiter, könnten nach einem EU-Beitritt in großem Umfang Land, Häuser und Unternehmen aufkaufen und so große Teile Polens zurückerobern – auf zeitgemäß kapitalistische Weise.

Dass ein möglicher EU-Beitritt nicht jedem Vorteile bringt, schwant ohnehin den meisten Polen. Das Erklimmen der westeuropäischen Standards bedeutet zwangsläufig den Bruch mit traditioneller und sozialistisch fundierter Wirtschaftsweise. „Jetzt sehen die Leute, dass sie keinesfalls ein Paradies umsonst bekommen“,



Mitterrand und Kohl in Verdun 1984
Versöhnung über den Gräbern

GAMMA / STUDIO X

POLITIKER

Das Gespenst der SPD

Oskar Lafontaine amtierte als Festredner auf einem „Genuss-Symposium“, bei Zigarren und Wein: Rückkehr in die Politik oder PR für sein neues Buch?

Es ist ihm peinlich, ganz klar. Mit säuerlichem Grinsen stapfte er in den Festsaal des Züricher Edelhotels Dolder, erleichtert, dass nur zwei Fernsehteams und zwei Fotografen seinen Auftritt für die Ewigkeit festhalten. Vor ein paar Monaten noch verkehrte Oskar Lafontaine auf Weltwirtschaftskonferenzen, jetzt lässt sich der Politpensionär als Unterhaltungskünstler vom Geldadel beschäftigen.

Die Sponsoren des „Dolder Genuss-Symposiums“, Firmen wie Mövenpick, Crossair oder die Brauerei Feldschlösschen, haben sich für eine Menge Geld einen besonderen Spaß gegönnt und jenen Mann als Redner engagiert, den sie fürchteten, bis er im März plötzlich aus seinen Ämtern als Finanzminister und SPD-Chef geflohen ist.

Motto der gequälten Veranstaltung am Freitag vergangener Woche: „In einer Welt, in der alle materiellen Werte schon da sind, ist es eine gute Zeit für Impulse zu einer echten Genusskultur in Politik und Wirtschaft.“

Da juchzt der Arbeiterführer. Immerhin kann der Politflüchtling schon mal fühlen, was ihm eine Zukunft als Vortragsreisender bringen könnte. Derzeit wird er noch in der Genscher-Klasse, bei etwa 30 000 Mark, gehandelt.

Aber bleibt der Marktwert auch in Zukunft stabil, wenn Lafontaine gemeinsam mit Eppler oder Bahr wie die alten Herren aus der Muppet-Show vom hohen Balkon pestet?

Jetzt sitzt Lafontaine, dunkelgrauer Anzug, weißes Hemd, tiefblaue Krawatte mit roten Tupfen, leibhaftig in der ersten Reihe und lässt erst mal eine Reihe von Referaten, darunter den Vortrag des Verlegers und Veranstalters Daniel Eggli, über sich ergehen. Der mollige Mann aus Winterthur gibt die Fresspostille „Salz & Pfeffer“ heraus und findet es witzig, dass er „märssi“ schreibt, wenn er „danke“ meint.

So dröge Eggli als Vortragender ist, so brillant ist er als Marketingmensch. „Wir haben Champagner getrunken wie die Kälber“, berichtete er, nachdem der einstige deutsche Finanzminister seine Zusage als Festredner gegeben hatte.

Warum nur halten es die Schweizer für Genuss, zum Preis von 460 Franken in ei-